

Dialogforum „Miteinander in Sachsen“

Gesprächsangebot von Sächsischer Staatsregierung und Stadt Dresden

Schwerpunkt Asyl – Zuwanderung – Integration

am 21. Januar 2015 im Internationalen Congress Centrum, Dresden

Bericht von Anja Osiander, osiander@japan-seminar.net

Rahmen, Infrastruktur

Für das Dialogforum wurde der Große Saal des Kongreßzentrums mit aufwendiger Technik genutzt (Saalkamera mit *live*-Projektion, sofortiges Abtippen von Ergebnisprotokollen und Präsentation der Hauptaussagen aus den Tischrunden auf großen Leinwänden). Es gab Getränke und Brezeln. Die Veranstaltung dauerte drei Stunden.

Für den Ablauf hatten die Veranstalter sich Rat geholt bei der Firma „IKU – Die Dialoggestalter“ aus Dortmund, die seit zwanzig Jahren Unternehmen, Verbände und staatliche Stellen in der Kommunikation zu strittigen Projekten unterstützt (www.dialoggestalter.de; einen Überblick über aktuell von IKU betreute Projekte gibt es im Netz unter: <http://www.dialoggestalter.de/projekte.html>). Der Abend wurde von zwei IKU-Gesellschaftern moderiert, [Dr. Frank Claus](#) und [Joachim Lück](#). Die Veranstaltung ist als Auftakt für weitere Dialogangebote gedacht. Im Netz wurde ein eigener Auftritt dafür eingerichtet: <http://www.dialogforum-sachsen.de/>

Teilnehmer

Eingeladen waren 300 Bürger und Bürgerinnen. 477 Menschen hatten in der Anmeldefrist von Donnerstag bis Montag per Telefon oder *email* Interesse signalisiert. Die Auswahl erfolgte offiziell per Los; allerdings bin zumindest ich direkt angeschrieben und eingeladen worden. Offenbar sollte ein möglichst breites Spektrum von Meinungen vertreten sein. Die Eingeladenen wurden wiederum per Los auf 50 Tische verteilt. An jedem Tisch saß außerdem ein Vertreter oder eine Vertreterin der Staatsregierung bzw. der Stadtverwaltung, darunter der sächsische Ministerpräsident, Stanislaw Tillich, die sächsische Staatsministerin für Integration, Petra Köpping, und der Erste Bürgermeister von Dresden, Dirk Hilbert. Ihre Aufgabe war es, Informationsfragen zu beantworten und zuzuhören; ihre Aufgabe war es nicht, als Kummerkasten zu dienen. An meinem Tisch saß ein Abteilungsleiter des sächsischen Innenministeriums.

Ablauf allgemein

An jedem Tisch wurde zunächst in zwei Runden diskutiert, mit einem Wechsel der Zusammensetzung, wiederum per Los. In beiden Runden sollten die Teilnehmer sich kurz vorstellen. In der ersten Runde sollte ein „Gastgeber“ bestimmt werden mit der

Aufgabe, das Gespräch zu protokollieren und den bisherigen Verlauf an die zweite Runde zu übermitteln. Dann wurden mit Hilfe der Saalkamera Teilnehmer an zufällig ausgewählten Tischen nach dem bisherigen Verlauf befragt (Themen, Ergebnisse, Gesprächsatmosphäre). Daran schloß sich eine Gesprächsrunde auf dem Podium an, mit Herrn Tillich, Frau Köpping, Herrn Hilbert sowie dem Bürgermeister von Schneeberg als festen Teilnehmern sowie wechselnden Abgesandten von den Bürgern an den Tischen (Auswahl der Tische auch hier per Los).

Zeitliche Einteilung

- Erste Tischrunde: 50 Minuten
- Zweite Tischrunde: 30 Minuten
- Ergebnisse der Tischrunden (Interviews mit Saalkamera): 40 Minuten
- Podiumsgespräch (Abschlußrunde): 45 Minuten

Leitfragen für die Tischrunden

Die Wahl der Themen wie auch der Gesprächsverlauf an den Tischen waren nicht freigestellt. Vielmehr sollten die Bürgerinnen und Bürger sechs Fragen beantworten. Dabei ging es darum, einen Aspekt aus dem Themenbereich „Fremde“ in Sachsen auszuwählen, Gefühle und Bedarf an Fakten dazu zu benennen sowie ein Bild von den gewünschten Zuständen zu entwerfen. Im Einzelnen lauteten die Fragen wie folgt (z.T. Gedächtnisprotokoll):

- 1) Welches Thema ist Ihnen wichtig: Asyl – Integration – Zuwanderung? (Bitte auf eins einigen.)
- 2) Was bewegt Sie an diesem Thema?
- 3) Wir wünschen uns zu diesem Thema Informationen über...
- 4) Damit die Informationen glaubwürdig sind, ist es wichtig, daß...
- 5) Mit Blick auf das Jahr 2020 kommt es schon jetzt darauf an, daß ...
- 6) ...weil...

Tatsächlicher Verlauf der Tischrunden

An meinem Tisch saßen in der ersten Runde ein Tischler, ein mittelständischer Unternehmer, eine pensionierte Lehrerin, eine hochschulpolitisch aktive Studentin und ein Professor für Maschinenbau im Ruhestand, dazu ich als Lehrbeauftragte an der TU. Als Stadtteile wurden genannt: Laubegast, Pieschen, Leubnitz, Reick (Gedächtnislücke...). In der zweiten Runde blieb ich als Gastgeber sitzen, und es kamen drei Frauen an den Tisch, davon waren zwei Studierende, die sich für Flüchtlinge engagieren.

Wir kamen schon in der Vorstellungsrunde auf das Thema Pegida und stellten fest, daß sowohl Teilnehmer an den Pegida-Aufläufen am Tisch saßen als auch Menschen,

welche die montäglichen Aufläufe kritisch bzw. mit Sorge sehen. Auch in der zweiten Tischrunde gab es beide Lager. Insgesamt haben wir vor allem unsere Ansichten darüber ausgetauscht, wofür oder wogegen Pegida auf die Straße geht, und weniger die vorgegebenen Themen bearbeitet.

Alle Teilnehmer waren bemüht, aus der persönlichen Sicht heraus zu sprechen; und es gelang weitgehend, Zuspitzungen im Streit und gegenseitige Vorwürfe abzufangen. So konnte ich sagen, daß ich Angst vor Pegida habe, weil ich darin Volksverhetzer sehe, ohne daß ich deshalb von den Teilnehmern, die sich dazu bekannten, an den Pegida-Aufläufen teilzunehmen, beschimpft oder bedroht worden wäre. Die anwesenden Befürworter von Pegida erklärten dagegen überzeugend und mit Nachdruck, daß es ihnen nicht um Fremdenfeindlichkeit ginge. Einer erläuterte mit bebender Stimme und sichtlich um Fassung ringend, daß sein eigener Großvater als Flüchtling aus Ostpreußen gekommen sei und daß es unsere verdammte Pflicht sei, Flüchtlingen zu helfen. Ein anderer erzählte, wie er selbst 1989 als Flüchtling von Ost- nach Westdeutschland viel Hilfsbereitschaft erfahren habe. Das Problem, was sie auf die Straße treibe, sei vielmehr, daß „die Politiker“ nicht mehr zuhörten und daß „die Medien“ alles in vorgefertigte Schubladen packten. Mehrere bekennende Pegida-Sympathisanten distanzieren sich ausdrücklich von Lutz Bachmann; einer äußerte dagegen Respekt für Kathrin Oertel.

Vor diesem Hintergrund kristallisierte sich in der ersten Runde an unserem Tisch in zwei Punkten Einigkeit heraus:

- Wir brauchen eine neue Form des Umgangs zwischen Bürgern und Politikern. Wir brauchen frühzeitige und wirksame Bürgerbeteiligung.
- Asyl ist nur ein unzulängliches Pflaster auf einer viel größeren Wunde. Wir brauchen eine andere Außen- und Entwicklungspolitik, um mit dem in Deutschland verfügbaren Reichtum und Wissen wirksamer dazu beizutragen, daß die Flüchtlingsströme gar nicht erst entstehen.

In der zweiten Runde diskutierten wir weiter über unsere jeweilige Einstellung zu Pegida. Wie schon in der ersten Runde kam von Pegida-Befürwortern der Ruf nach der Einführung von Volksentscheiden. Dagegen sahen diejenigen, die Pegida skeptisch bis kritisch sehen, auch die Einführung von Volksentscheiden kritisch. Durch Nachfragen stellte sich heraus, daß hier eine Ost-West-Kluft besteht: Menschen, die politisch in der alten Bundesrepublik geprägt sind, fürchten eher den Mißbrauch von Plebisziten für populistische Zwecke. Dagegen sehen Menschen, welche die friedliche Wende von 1989 miterlebt oder sogar mitgestaltet haben, darin eine Möglichkeit, endlich das demokratische System zu schaffen, von dem sie damals geträumt hatten. Dieselbe Ost-West-Kluft bemerke ich auch grundsätzlich in der Wahrnehmung von Pegida. Menschen aus der alten Bundesrepublik assoziieren mit Deutschland-Fahnen und Menschenmassen im Dunkeln schnell die Bilder aus der Zeit des Niedergangs der Weimarer Republik, während Menschen aus der alten DDR damit eher die Erinnerung an den Aufbruch von 1989 verbinden.

Vorstellung von Ergebnissen: blieb vage

Offen gestanden, habe ich die Vorstellung der Ergebnisse nur noch halbherzig verfolgt. Das lag zum einen am Format. Die auf zwei Minuten beschränkten Kurzbefragungen an den Tischen brachten kaum konkrete Aussagen hervor. Es lag weiter an Verzerrungen bei der Dokumentation. So wurde das Ergebnis von unserem Tisch mit einem wichtigen Tippfehler auf die Leinwände projiziert, indem ein Fragezeichen nicht mit übertragen wurde; außerdem wurde unser Ergebnis in der Teilgruppe „Asyl“ veröffentlicht, obwohl wir das Thema „Integration“ angegeben hatten und obwohl in unserem Protokoll ausdrücklich stand, daß wir eigentlich über ganz andere Themen diskutiert hatten als die, die vorgegeben worden waren.

Vor allem aber war es unbefriedigend für mich, daß die Veranstaltung sich im weiteren Verlauf nicht mit dem Thema befaßte, welches mich und mindestens die Hälfte der übrigen Teilnehmer an meinem Tisch am meisten bewegte, nämlich die Interpretation des Phänomens Pegida und die Frage, wie der innere Frieden in Dresden angesichts der angespannten Stimmung bei Befürwortern und Gegnern bewahrt werden könnte. Ein Teilnehmer brachte das griffig auf den Punkt, indem er den Ablauf mit den vorgegebenen Fragen als Kindergarten bezeichnete.

Die Kritik, daß das Thema der Veranstaltung zu eng gefaßt sei, klang auch in anderen Beiträgen an. Sowohl einer der Moderatoren als auch Ministerpräsident Tillich gingen darauf ein und rechtfertigten das Vorgehen damit, daß man ja irgendwo anfangen müsse und sich deshalb auf den Themenbereich Asyl-Integration-Zuwanderung festgelegt hätte. Diese Auffassung teile ich jedoch nicht. Es wäre auch möglich gewesen, den Teilnehmern mehr Mitsprache bei der Gestaltung der Themen zu geben. Zum Beispiel, indem man nach der ersten Tischrunde, die für das gegenseitige Kennenlernen sehr wichtig war, eine Runde einschiebt, in der die an den Tischen formulierten Themen vorgestellt und gruppiert werden (ähnlich dem Format *open space* nach Harrison Owen; für nähere Erläuterung siehe z.B. die Darstellung von Kersten Reich im Methodenpool des Dewey Center an der Universität Köln (2012): http://methodenpool.uni-koeln.de/openspace/frameset_open.html).

Abschlußrunde: mißlungen

Die abschließende Gesprächsrunde wurde als „fish-bowl“ bzw. „Aquarium“ bezeichnet. Das ist ein bestimmtes Verfahren, welches auch die sächsische Landeszentrale für politische Bildung für ihre Gesprächsreihe „Warum (nicht) zu Pegida gehen?“ einsetzt. Ziel ist es, einerseits die Unterscheidung zwischen Podium und Zuhörern fließend zu gestalten und andererseits weniger Monologe zu halten als vielmehr auch in größeren Gruppen ein Miteinander-Reden und Einander-Zuhören zu ermöglichen (vgl. die Erläuterungen der Österreichischen Gesellschaft für Umwelt und Technik – Themenbereich Partizipation; im Netz unter <http://www.partizipation.at/fishbowl.html>). Allerdings funktionierte das an diesem

Abend nicht. Die Besetzung auf seiten der Bürger wechselte ständig, was viel Unruhe in den Ablauf brachte. Zugleich blieb unklar, worauf das Gespräch eigentlich hinauslaufen sollte. So glitt es faktisch in eine Podiumsdiskussion ohne roten Faden ab, bei der die Bürger schließlich vor allem ihre persönliche Meinung vortrugen und die Politiker mehr oder weniger vage dazu Stellung nahmen.

Insgesamt

Als Ansatz für die Entwicklung von konkreten Vorschlägen für politische Maßnahmen war die Veranstaltung aus meiner Sicht wenig geeignet. Es fehlte an Zeit für eine ruhige Analyse der Zusammenhänge und für eine Abwägung darüber, wo man politisch überhaupt ansetzen möchte. Es fehlte auch an klaren Aussagen darüber, wie das an diesem Abend Erarbeitete in den politischen Prozeß Eingang finden könnte. Ich gestatte mir hier eine polemische Zuspitzung: Ich mag es nicht mehr hören, wenn Politiker die Achseln zucken und sagen, sie könnten weder die Bundesregierung noch die Politik auf europäischer Ebene beeinflussen, wie es der Ministerpräsident in einer Bemerkung andeutete. Oder wenn die Staatsministerin für Integration zugeben muß, daß sie auch nach drei Monaten im Amt noch nicht über eine eigene email-Adresse verfügt. Wenn die Politik sich selbst derartige Armutszeugnisse ausstellt, können wir uns die Mühe solcher Veranstaltungen gleich sparen.

Ich bin aber trotzdem sehr erleichtert und dankbar nach hause gefahren. Das lag daran, daß das Dialogforum die Möglichkeit bot, in einem strukturierten Rahmen friedlich mit Anhängern von Pegida zu sprechen. Das hat meine Sicht auf diese Bewegung deutlich verändert. Solche Formen des Dialogs zwischen den beiden Lagern sind dringend nötig. Ich hoffe, sie werden rasch ausgebaut und vermehrt angeboten – von den politisch Verantwortlichen, aber auch von gesellschaftlichen Akteuren und von den Bürgern und Bürgerinnen selbst.